

Fälligkeit des Charakters seines Feldes. Devrient hat das Bestreben gehabt, ihn als Ideal hinzustellen. Er wußte, daß das Publikum es gern hören wird, wie das Evangelium wie ein Frühlingsregen langsam die Saat zur Reife brachte. Er setzte sich auch der Gefahr aus, daß sein Stück einfach unter den Tisch flog, wenn er der Geschichte in diesem Punkte nicht Gewalt antat — und so schrieb er, was die Protestanten gerne hören. Die geschickte Behandlung des Stoffes wird bei manchem den Glauben erwecken, wie hätten Devrient unrecht getan, als wir ihn in der 4. Abhandlung „Luther und die Autorität“ tabelten, daß er den Stifter des Protestantismus solche rebellische Ideen verraten läßt. Mag Devrient in den nachfolgenden Versen diese auch als „Teufelsmud“ hinstellen, so bedauern wir es trotzdem, daß er solche Gedanken den Luther ausprechen läßt. Was für einen Eindruck macht es doch, wenn sich dieser offen der Bundesgenossenschaft mit zweien der gewalttätigsten Rebellen gegen Kaiser und Reich rühmt und die Verechtigung nicht nur des Papstes, sondern auch des legitimen Kaisers ins Auge faßt? Die nachfolgende Abschwächung, in der Luther den Grundjah verläßt: „Nichts mit Gewalt! Christi's Waffen ist das Wort!“ vermag schon deshalb den Eindruck nicht zu verwischen, weil die Geschichte bezeugt, daß Luther diesen Grundjah nicht befolgt hat.

Als Beleg unserer Behauptungen mögen hier noch einige Stellen aus Luthers Werken Aufnahme finden. Wo bei Angabe der Quellen nicht Näheres bemerkt ist, sind die Wittenberger ersten Drucke gemeint. Wegen die Autorität der katholischen Fürsten und Bischöfe läßt sich Luther also vernehmen: „Die Fürsten und Bischöfe sind keine Christen, gehören auch nicht zu der Kirche Christi, sind ohne Verunft und deutliche unvernünftige Tiere.“ (Epist. contr. II. Mand. Caes. Contr. epist. reg. Angl. De saecul. potest.) — An anderer Stelle wendet er sich mit folgenden Worten an die katholisch gebliebenen Fürsten, welche seine Arbeit hinderten: „Ihr Fürsten sollt wissen, daß es Gott errichtet und verordnet, daß die Untertanen weber können, noch wollen, noch sollen eine Tyrannet länger duden.“ (Lib. I. contr. just.) Weiters: „Unsere Fürsten tun dormalen nichts anderes, als daß sie von Gott vermaledeit werden.“ (Ziſch. Eisleb. fol. 77 a.) Und endlich: „Ein Fürst ist ein Wildpret im Himmel; Pilatus ist frommer gewesen denn irgend die jegigen Fürsten im Reich.“ (Ziſch. Eisleb. fol. 160 b, 470 a.)

Eine solche Sprache gegen die weltliche Autorität war man damals nicht gewohnt. Nicht politische Beweggründe gaben Luther dazu Veranlassung, sondern nur der Widerstand, welchen die Fürsten der Ausbreitung seiner Lehre entgegensetzten. Seine gereizte Leidenschaftlichkeit wuchs um so mehr, als ihm nicht nur Reichsfürsten Hindernisse in den Weg legten, sondern er eben die Waffen gegen sich gefehrt sah, die er selbst geschmiedet hatte: willkürliche, von allen Traditionen losgerissene Schriftauslegungen von Seiten anderer Sekte. Besonders war es Zwingli, den er haßte, weil er in der Schweiz und Oberdeutschland der Spitze einer von ihm unabhängigen, sich reich verbreiteten Partei stand. So mischte sich die Bitterkeit der Eifersucht und des verletzten Stolzes in den Streit. Mit welchen Mitteln der plumpestn Schmähungen er Zwingli und Decolampadius bekämpfte, beleuchten wir vielleicht ein ander Mal.

Als Amsdorf Luther von dem Schwarmgeist erzählte, der während seines Aufenthaltes auf der Wartburg sein Haupt erhob, da duldete es ihm nicht mehr länger in der Zurückgezogenheit. Und doch hatte man nur die Folgerungen aus seinen Leben gezogen! Er hatte die Freiheit verstanden, jeder nahm sie in Anspruch; er anerkannte keine kirchliche Autorität, man verneinte auch seine. Freiheit wollte man, denn Luther hatte geschrieben:

„Es ist keine andere Hoffnung der Besserung, denn man werfe den Bundeid, die ewangelische Freiheit, auf, und rotte auf einmal alle Gehebe der Menschen und Rechte aus, daß wir frei regieren. Amen.“ (500 Art. 391.)

Die Weihe des neuen Leipziger Rathauses.

(Eigener telephonischer Bericht.)

Leipzig, 7. Oktober.
Heute ist schon vom frühen Morgen an ganz Leipzig in Bewegung. Denn es ist heute ein Ehrentag für unsere Stadt und in Leipzigs Geschichte wird der 7. Oktober des Jahres 1905 immer als denkwürdiger Tag bezeichnet bleiben. Zwar bezeichnet er keinen Wendepunkt in den Geschäften unserer Stadt, aber im Wechsel der Zeiten ist er ein Markstein von seltener Bedeutung: Das neue Rathaus ward am 7. Oktober 1905 eingeweiht und Sachsen König Friedrich August nahm an der Feier persönlich teil.

Schon früh müssen heute die Feierlichkeiten beginnen, da man sonst mit dem überreichen Programm nicht fertig werden würde. Um 9½ Uhr morgens versammelten sich am Hauptportal des neuen Rathauses Rat und Stadtverordnete. Der Erbauer des neuen Rathauses, Bauart Professor Licht, übergab hier mit feierlicher Ansprache die Schlüssel des Hauses dem Oberhaupt der Stadt, Oberbürgermeister Dr. Tröndlin. Dieser öffnete das Hauptportal mit herzlichem Segenswunsch für die Zukunft des Hauses und der ganzen Stadt und begab sich dann mit den Mitgliedern des Rates und des Stadtverordnetenkollegiums in die große Halle im Hauptgeschoss, um die Glückwünsche der angemeldeten 30 Deputationen entgegenzunehmen. Die Stadt Dresden war durch ihren Oberbürgermeister, Geh. Finanzrat Ventler, und den Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat Dr. Stöckel, vertreten, die katholische Geistlichkeit Leipzigs durch den Superior Monsignore Schmittmann. Nachdem die Deputationen ihre Ansprachen beendet und zum Teil äußerst wertvolle Geschenke überreicht hatten, dankte Oberbürgermeister Dr. Tröndlin ihnen allen in einer tiefempfundenen Erwiderung.

Inzwischen war die Zeit zum Empfang König Friedrich Augusts herangekommen. Kurz vor 1 Uhr traf der König am Hauptportal des Rathauses ein und wurde hier von den beiden Bürgermeistern, dem Professor Licht und mehreren Stadträten empfangen. Unter Banfarenklang und Gesang der Thomaner betrat der König dann die große Halle, wo die beiden städtischen Kollegien, die Deputationen

und die Ehrengäste sich eingefunden hatten. Oberbürgermeister Dr. Tröndlin hielt die Festrede, in der er zunächst des alten Rathauses und dann der Pleißenburg gedachte, auf dessen Platz das neue Rathaus erstanden sei. Heute geizeme es sich wohl, das Weisfest zu feiern, das noch dadurch gehoben werde, daß der Landesherr der Feier beizuhne. Dem König gebühre der erste Dank, aber auch der königlichen Staatsregierung, seinem Amtsvorgänger, Geh. Rat Dr. Georgi, während dessen Amtszeit am 19. September 1899 der Grundstein zum neuen Rathaus gelegt worden sei. Ferner danke er allen Künstlern, Gewerker und Arbeitern, die bei der Ausführung des Baues tätig waren, und vor allem dem Erbauer des Rathauses selbst, dem Professor Licht, der die schwierige Aufgabe, die ihm gestellt war, glänzend gelöst habe. Möge das neue Rathaus an der Stelle, wo jahrhundertlang die Pleißenburg gestanden und zum Schutze Leipzigs gedient habe, wiederum Jahrhunderte hindurch dauern als Burg des Friedens, als Stätte und zum Schutze treuer, gesegneter Arbeit.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Junck gab dem Wünsche Ausdruck, daß unter dem gemeinsamen neuen Dache des Rates und der Stadtverordneten Frieden herrschen möge, wie es sich für ein gutes Bürgerhaus geizeme. Möge das neue Rathaus das Herz Leipzigs sein, von dem aus reines, frisches Blut in alle Ader ströme. Mögen die weiten Räume widerhallen vom Lachte der Arbeit und ganz durchdrungen werden vom Gauche der Liebe. „Wenn wir so unserer Stadt dienen,“ schloß der Redner, „so dienen wir auch dem Staate, dessen Glied sie ist, und damit dem erhabenen und geliebten Fürsten, der an seiner Spitze steht.“

Dann nahm der König eine Besichtigung des neuen Rathauses vor und sprach dabei dem Erbauer, Professor Licht, wiederholt seine frohe Anerkennung und seinen Glückwunsch für die Vollendung des Werkes aus. Im großen Festsaal fand darauf die Festtafel zu 348 Gedecken statt. König Friedrich August saß in der Mitte der Langseite, neben ihm rechts der Oberbürgermeister Dr. Tröndlin, links der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Junck. Nach dem ersten Gang brachte der Oberbürgermeister den Trinkspruch auf den König aus, den dieser mit einem Hoch auf das Wohl der Stadt Leipzig erwiderte. Nach Schluß des Festmahles hielt der König Cercle ab und zog verschiedene Festteilnehmer ins Gespräch. Gegen 5 Uhr verabschiedete sich der König, um mit seinem Gefolge nach Dresden zurückzukehren. Beim Verlassen des Rathauses brachte der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Junck das Hoch auf den König aus.

Politische Nachrichten.

Dresden, den 7. Oktober 1906.

Der frühere Justizminister Freiherr v. Leonrod ist am 5. d. M. in München gestorben.

Wie amtlich bekannt gegeben wird, ist Baron Wevers zum niederländischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Der Bundesrat überwies am 5. d. M. außer dem von Preußen beantragten Gesetzentwurf wegen Sicherung der Bauforderungen, den Entwurf einer Maß- und Gewichtordnung und die Vorlage wegen Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen, sowie des allgemeinen Fahrverkehrs hinsichtlich des Ausweichens der Fuhrwerke den zuständigen Ausschüssen. Der Reichstagsbeschuß wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Vorbedingungen für die Verechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Militärdienste wurde dem Reichskanzler überwiesen. Die Zustimmung wurde u. a. erteilt der Vorlage wegen Ausprägung von Zinspfeilschulden.

In Anwesenheit der in Berlin eingetroffenen Finanzminister der Einzelstaaten begann am 6. d. M. in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrates die erste Beratung der Entwürfe der Reichsfinanzreform und der neuen Steuergeetze. Die Beratungen sollen möglichst beschleunigt werden, doch liegen bereits zahlreiche Änderungsanträge, namentlich seitens der kleineren Bundesstaaten, vor.

Der Kolonialkongreß nahm im Anschluß an den v. Liebertschen Vortrag auf Antrag des Grafen Fürthheim einstimmig eine Resolution an, in der die vom Staatssekretär der Marine im Februar d. J. dem Budgetausschuß des Reichstages angekündigte Erweiterungsvorlage des Flottengeetzes mit freudiger Genugung begrüßt wird.

Die Gesamtzahl der Cholerafälle in Preußen beträgt bis jetzt 202, von denen 89 tödlich verliefen.

Im Blick auf die bisherigen Verhandlungen des zweiten Deutschen Kolonialkongresses ist zu begrüßen, daß die ersten Sachverständigen auf dem Gebiet, wie Superintendent Werenzky und Budner, ihren Standpunkt darlegen durften. Zu bedauern war nur, daß eine eigentliche Debatte nicht entstand, und von den vielen Gegnern der Mission, die den Eingeborenen einfach unterdrücken oder auch ausrotten wollen, sich niemand zum Wort meldete. Ob diese Leute, die uns den südwestafrikanischen Ausstand eingebracht haben, soweit sind, daß sie sich ihres Verhaltens und ihrer Grundhüte schämen? — Ursache hätten sie dazu. — Neben den moralischen Fragen kam auch das wirtschaftliche Moment zur Sprache. Hier ist es unsere oft bekundete Ueberzeugung, daß das Reich die unabweisbare Pflicht hat, die Kolonien durch den Bau von Eisenbahnen auszuklaffen. Wenn diese Bahnen in den ersten Jahren schlecht rentieren, so muß der Verlust getragen werden. Die Erfahrung lehrt, daß die Einnahmen solcher Bahnen mit jedem Jahre steigen. Und je größer das Eisenbahnnetz, um so kleiner kann die Schutztruppe sein. — Mit dem Kongreß ist eine in der Wandelhalle des Reichstages aufgestellte koloniale Ausstellung verbunden. Sie hat im wesentlichen den Charakter einer Hygiene-Ausstellung. Man sieht dort die tierischen und pflanzlichen Erzeuger und Ueberträger von Tropenkrankheiten der Menschen und Tiere, und daneben die Mittel zur Bekämpfung dieser Krankheiten. Auch die Pflanzen, aus denen die Eingeborenen die gefährlichsten Pfeilgifte bereiten, sind dort zu sehen. Schließlich sind Modelle und photographische Abbildungen von Krankenhäusern in den Kolonien und von Tropenausrüstungen ausgestellt. Im Anschluß an den Kongreß wird bekanntlich am 8. und 9. Oktober eine große Missionsfeier in Berlin stattfinden, über die bereits das Nötige gesagt worden ist. — Am zwei-

ten Verhandlungstag hielt den ersten Vortrag Professor Dr. Rathgen aus Heidelberg über: Die Auswanderung als weltgeschichtliches Problem. Den zweiten Vortrag hielt Generalleutnant z. D. v. Liebert aus Berlin über „Die politische, militärische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer starken Seemacht.“ In der Diskussion tritt Graf Fürthheim dafür ein, daß der Kongreß seine Stimme abgebe zu Gunsten der Vorlage des Reichsmarineamts, die die früher zurückgestellte Flottenvermehrung nachhole. Oberleutnant v. Morgen fragt: Wieviel Blut und Gut wäre in Südwestafrika gespart, wenn wir den Aufstand gleich im Beginn mit einer starken Kolonialtruppe hätten niederschlagen können! Es folgt der Vortrag des Professors Dr. Jannasch aus Berlin über „Argentinien als Wirtschafts- und Auswanderungsgebiet.“ Professor Pradebusch fügt auf Grund seiner eigenen Erfahrungen weitere Schilderungen Argentinienens bei. Kommerzienrat Cabensky plädiert für die Bevorzugung Südbrasilien vor Argentinien. Auch bei anderen Rednern findet diese Auffassung Unterstützung. Den letzten Vortrag in der allgemeinen Sitzung hält Professor Dr. Stoerck aus Greifswald über „die völkerrechtliche Staatengesellschaft und das koloniale Problem.“

Der polnische Reichstagsabgeordnete Kulerski hat eine einmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen; sein in Graudenz erscheinendes Blatt erlöst aus diesem Anlaß an den Leserkreis die Aufforderung, dem vielgeplagten und arg gekränkten Verleger in seinem „Rißgeschick“ dadurch Linderung zu verschaffen und Freude zu bereiten, daß „die lieben Brüder und Mitstreiter“ um so fester an der von ihm gegründeten „Gazeta Grudziadzka“ halten und den Vollenfrassern sowie ihren erbitterten Feinden aus dem polnischen Lager zum Trost sie um so rühriger unterstützen und verbreiten werden. „500 neue Abonnenten für jeden Tag Gefängnis ihres Verlegers! Das möge jetzt eure Lösung sein! Wenn auf diese Weise 15 000 neue Abonnenten hinzukommen werden, so wird unsere polnische Sprache dadurch nur ungeheuren Vorteil haben.“ Das Organ des Abgeordneten Kulerski hat unter der Konkurrenz anderer polnischer Mütter schwer zu leiden, die sich trotz ihrer ausgesprochenen deutschfeindlichen Haltung doch eher als der wiederholt wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gerichtlich belangte Abgeordnete Kulerski ein Gewissen daraus machen, die Bevölkerung polnischer Junge mit ihren staatsbürgerlichen Pflichten in Konflikt zu bringen. Um diesen verhassten Gegnern den Boden ihrer wirtschaftlichen Existenz zu schmälern, schenkt sich das Organ des Abgeordneten Kulerski nicht, mit seiner Gefängnisstrafe auf den Abonnentenzug zu gehen und dabei „die polnische Sache“ als Lockmittel zu gebrauchen.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage in Ungarn. Wenn auch die Entscheidung noch nicht gefallen ist, so wird doch für soviel wie sicher angenommen, daß in der nächsten Zeit, wahrscheinlich nach der Vertagung des Parlaments, die Wiederernennung des Kabinetts Ferjervary und demgemäß die Genehmigung seines Programms zu erwarten ist.

Das österreichische Abgeordnetenhaus wurde vertagt. In der Freitagssitzung wurde die Wahlrechtsdebatte fortgesetzt. Bemerkenswert waren besonders die Ausführungen des Zentrumsführers Dr. Ebenhoch, der in unterschiedener Weise für das allgemeine und direkte und unter gewissen Bedingungen für das gleiche Wahlrecht eintrat. Dr. Ebenhoch erklärte es für unerhört, das Wahlrecht jenen vorenthalten zu wollen, welche die Militärlasten und Steuern tragen und der allgemeinen Schulpflicht genügen müssen. Freilich wollte der Redner die Wahlreform von Studien abhängig machen, was ihm von Dr. Leder als eine Schandenhilfe für die Regierung und als Verschleppungsmanöver ausgelegt wurde. Baron Gautsch gab eine getundene Erklärung ab, in der er zwischen Nationalitätenfrage und Wahlreform eine Art Junktur konstruiert. Sensationell wirkte es, als Baron Gautsch das Proportionalwahlrecht als das für Oesterreich geeignetste erklärte. Geradezu leidenschaftlich sprach sich der Sprecher des Vollenklubs Graf Dzieduszycki gegen das allgemeine Wahlrecht aus. Von den folgenden Rednern fanden besonders die geistvollen Ausführungen Dr. Leders ein zahlreiches Auditorium. Die Debattefortschritte sind bejodlossen, gegen die Dringlichkeit der Wahlreformanträge, die deutsche Volkspartei für dieselbe zu stimmen, was den „Freisinnigen“ großen Verdrub bereitet. Letztere liehen sich im Laufe durch Dr. Wengler vertreten. — Nach unerheblicher Debatte über die Dringlichkeitsanträge betreffend das allgemeine Wahlrecht wurde schließlich die Dringlichkeit sämtlicher Anträge abgelehnt. (Kärende Ruhe bei den Sozialdemokraten.) Sodann wurde das Vertagungsreskript verlesen und die Sitzung unter großem Lärm geschlossen.

Rom.

Der Papst für die Kalabresen. Sofort nach dem Eintritt der kalabrischen Katastrophe entfandte der „Observatore cattolico“ seinen Mitarbeiter Ercola Carraga dahin, um sich der Betroffensten anzunehmen und die Gelder zu verteilen, die auf den Redaktionsausruß hin von wohlthätigen Katholiken gesammelt wurden. Carraga kam in viele Bezirke recht als rettender Engel, in Bezirke, die sechsundzwanzig Tage nach dem furchtbaren Ereignisse von ihren Behörden noch keinen Soldo Hilfe erhalten hatten. Das Elend, das dort herrschte, ist nicht zu schildern. So viel getan wurde, so wenig ist eigentlich gefchehen, denn was nützen ein paar Hunderttausende, wo dreißig Dörfer vom Erdboden verschwunden, zweihundert zur Hälfte oder zum Drittel zerstört, vierzig Kirchen eingestürzt sind. Der Heilige Vater hat in fürstlicher Weise zur Linderung des Elends beigetragen. Er sandte Monsignore Migliardi mit 200 000 Lire nach Kalabrien, wovon zum Teil die Allerärmsten unterstützt, Volksküchen errichtet und der Zimmer der Verwundeten gelindert wurde. Auch forderte Seine Heiligkeit von dem Spezialbevollmächtigten eine genaue Aufstellung alles der Kirche widerfahrenen Schadens ab, um ehestens Vorkehrungen zur Wiederherstellung der Kirchen, Pfarreien und Seminarien treffen zu lassen. Wie gesagt: glücklich wurde die Hilfsaktion des Staates nicht geführt. Man klagt über die zu lange ausbleibende Zufuhr der notwendigen Lebensmittel, über den Mangel an militärischer Hilfe der sehr schwer empfunden wurde. Das Verlangen nach ver-